



Die duale Berufsausbildung als Zukunftschance für Europa

Berufliche Ausbildung im Sinne einer präventiven Arbeitsmarktpolitik

Von Bernhard Riederer
Wien, 9. Mai 2014,
ISSN 2305-2635

Handlungsempfehlungen

1. Standardisierte Ausbildungsgänge und Berufsbilder, um Erwartungssicherheit zu garantieren, aber keine zu starke Spezialisierung, um die flexible Einsetzbarkeit der AbsolventInnen zu gewährleisten.
2. Anschlussmöglichkeiten der Ausbildung an andere Berufe sowie Weiterbildung an Hochschulen zum Zweck erhöhter Flexibilität.
3. Forcierung präventiver Instrumente zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen und daraus resultierender Arbeitslosigkeit.

Zusammenfassung

Gerade die in den letzten Jahren in Europa ansteigende Jugendarbeitslosigkeit bereitet derzeit vielen Nationen große Sorgen. Nicht zuletzt deshalb wurde im Juli 2013 die Europäische Ausbildungsallianz ins Leben gerufen. Diese soll die berufliche Ausbildung verbessern und Jugendlichen den Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben erleichtern. Geringe Jugendarbeitslosigkeit herrscht im europäischen Vergleich vor allem in jenen Ländern vor, in denen das duale System der Berufsausbildung von großer Bedeutung ist. Dieses unterscheidet sich allerdings von Staat zu Staat in einigen wesentlichen Punkten (z.B. im Grad der Standardisierung der Ausbildung oder im Grad der Spezialisierung der Ausbildungsberufe). Im europäischen Vergleich schneidet das österreichische System der dualen Berufsausbildung aufgrund eines hohen Grades an Standardisierung, der Erwartungs-

sicherheit garantiert, und eines mittleren Grades an Spezialisierung, der berufliche Flexibilität ermöglicht, gut ab. Wichtig ist angesichts zukünftiger Herausforderungen am Arbeitsmarkt, dass die duale Ausbildung daran anschließende Weiterbildung – auch im Hochschulbereich – erlaubt. Das österreichische Bildungsmodell hat allerdings in internationalen Bildungsstudien immer wieder offenbare Schwächen. Diese werden ebenfalls in der Kritik der Ausbildungsbetriebe an den auszubildenden Lehrlingen sichtbar. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist daher die Installation einer präventiv wirkenden Grundausbildung, die den Erwerb von Basiskompetenzen sicher stellt. Diese sollte dazu beitragen die Notwendigkeit später ansetzender (und teurer) Kompensationsmaßnahmen im Fall von Ausbildungsabbrüchen oder Arbeitslosigkeit zu reduzieren.



Die duale Berufsausbildung als Zukunftschance für Europa Berufliche Ausbildung im Sinne einer präventiven Arbeitsmarktpolitik

In den letzten Jahrzehnten haben sich die nationalen Arbeitsmärkte in Europa aufgrund zunehmender wirtschaftlicher Integration stark verändert. Um die Herstellung eines gesamteuropäischen Arbeitsmarktes voranzutreiben, müsste die Mobilität der BürgerInnen erhöht werden.¹ Derzeit existieren für viele Staaten allerdings zentraler erscheinende Herausforderungen: (1) die Situation jüngerer Personen am Beginn ihrer Erwerbskarriere, (2) die Lage benachteiligter Gruppen wie Personen aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund, (3) die Situation älterer ArbeitnehmerInnen sowie deren Übergang in die Pension. In all diesen Bereichen geht es sowohl um persönliche Schicksale von Menschen als auch um die Nutzung wirtschaftlicher Wachstumspotentiale. Gerade die in den letzten Jahren in vielen Nationen ansteigende Jugendarbeitslosigkeit gibt derzeit Anlass zur Sorge. Nicht zuletzt deshalb wurde im Juli 2013 die Europäische Ausbildungsallianz ins Leben gerufen, die die berufliche Ausbildung verbessern und Jugendlichen den Übergang ins Berufsleben erleichtern soll.

Ausbildungssysteme und Jugendarbeitslosigkeit

In der Literatur wird grob zwischen drei Systemen der Berufsausbildung differenziert. Während das liberale Modell auf die Ausbildung im Unternehmen vertraut, findet Berufsausbildung im Rahmen des staatlich organisierten Systems primär in der Schule statt. Das duale System kombiniert betriebliche mit schulischen Formen der Ausbildung und bindet sowohl Staat als auch Wirtschaft (Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen) in die Steuerung des Systems ein. Duale Systeme existieren mittlerweile in beinahe allen EU-Mit-

1) Siehe Jauer, J. et al. (2014). *Migration as an Adjustment Mechanism in the Crisis? A Comparison of Europe and the United States*. Paris: OECD.

gliedsstaaten.² Traditionell von großer Bedeutung ist die duale Ausbildung in den deutschsprachigen Ländern, Dänemark und den Niederlanden.

Vergleicht man die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU, zeichnen sich vor allem Deutschland und Österreich durch eine geringe und im Verlauf der Wirtschaftskrise recht stabil bleibende Jugendarbeitslosigkeitsrate aus.³ Wie Abbildung 1 zeigt, weisen jedoch auch die Niederlande und Dänemark trotz temporärer Anstiege deutlich geringere Jugendarbeitslosigkeitsraten auf als etwa das Vereinigte Königreich oder Frankreich, in denen traditionell das liberale bzw. das staatlich organisierte Berufsausbildungssystem dominieren.⁴

Systeme der dualen Berufsausbildung im Vergleich

Zwischen den nationalen Systemen der dualen Berufsausbildung existieren jedoch beträchtliche Unterschiede. Die Standardisierung der Ausbildungsinhalte ist in Deutschland und Österreich etwa sehr hoch. Hier regeln Gesetze, Vorschriften und Lehrplanbestimmungen sowohl Berufsbilder und Ausbildungsinhalte als auch Prüfungsabläufe. Demgegenüber haben Unternehmen und Berufsschulen in Dänemark die Möglichkeit, Ausbildungsinhalte stärker selbst zu bestimmen, da die Ausbildungs-

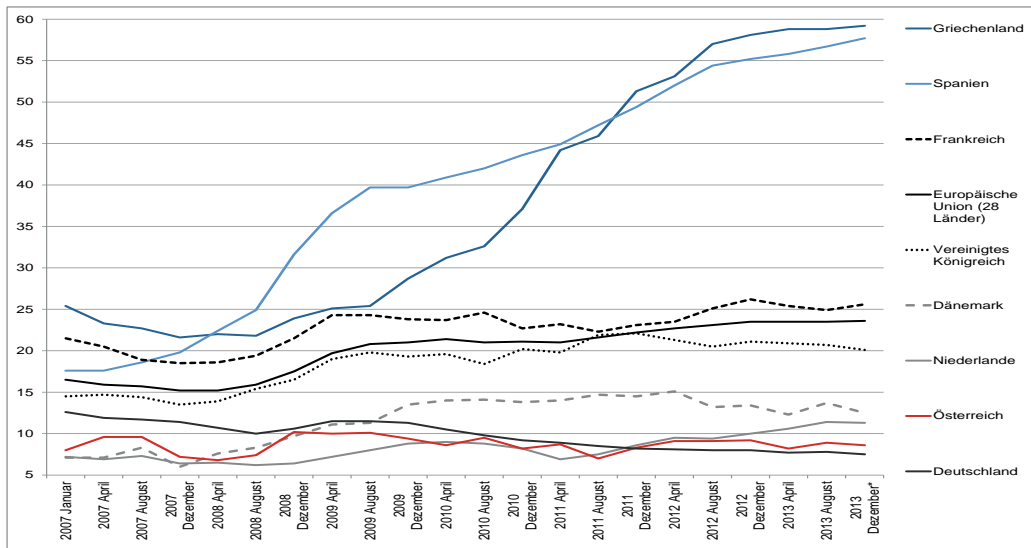
2) Siehe European Commission (2012). *Apprenticeship supply in the Member States of the European Union*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

3) Dies hat wohl auch mit der im Vergleich zu anderen Nationen besseren wirtschaftlichen Lage zu tun.

4) Bei der dualen Ausbildung entfällt die Stellensuche, wenn Lehrlinge vom Ausbildungsbetrieb direkt übernommen werden. In Österreich verringern zudem Ausbildungsgarantie und Lehrwerkstätten, aus denen Betriebe im Laufe der Ausbildung Lehrlinge übernehmen, die Jugendarbeitslosigkeit. Siehe Kopf, J. (2013). *Wie machen die das in Österreich? „Youth unemployment is the most pressing problem facing Europe“* Angela Merkel, *Guardian*, 2.7.2013. Wien. ÖGfE Policy Brief, 11'2013

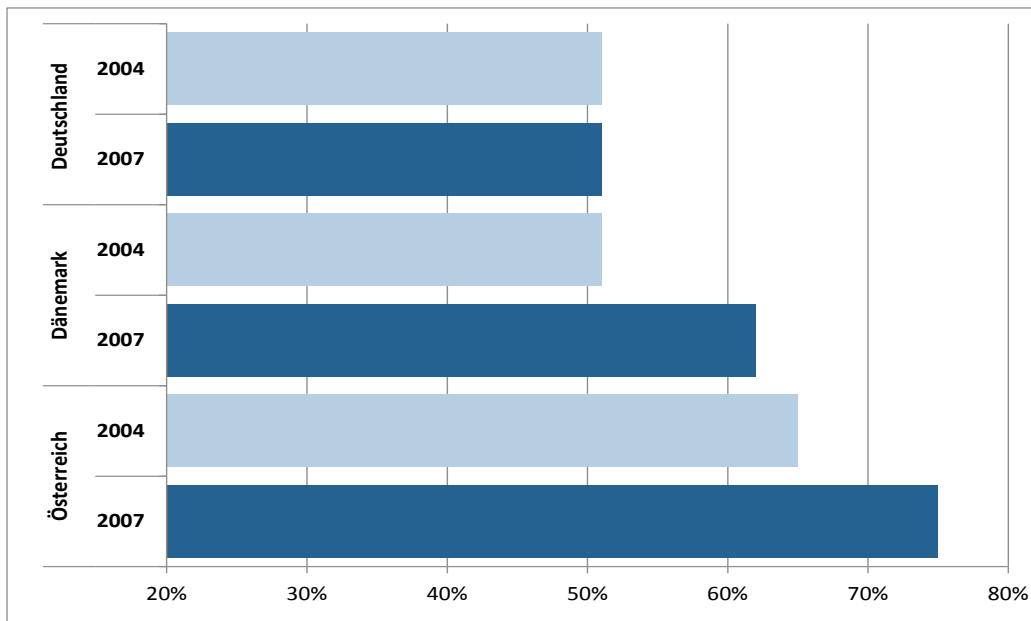


Abbildung 1: Die Jugendarbeitslosenquote ausgewählter europäischer Länder 2007 bis 2013



Anmerkung: Die Jugendarbeitslosenquote bildet den prozentualen Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) bei Personen unter 25 Jahren ab. Für den Vergleich wurde eine harmonisierte, saisonbereinigte Quote nach ILO Definition herangezogen. *Dezember 2013 oder aktuellste verfügbare Angabe. *Quelle:* EUROSTAT (letzte Aktualisierung: 23.01.2014; Abfrage: 24.01.2014).

Abbildung 2: AbsolventInnen dualer Berufsausbildungssysteme in Deutschland, Dänemark und Österreich im Vergleich: Der Anteil an Beschäftigten mit Normalarbeitsverhältnis 2004 und 2007



Anmerkung: Ein Normalarbeitsverhältnis kennzeichnet, dass es eine Vollzeitbeschäftigung mit einer Regelarbeitszeit von zumindest 36 Stunden pro Arbeitswoche und ein zeitlich unbefristetes Vertragsverhältnis darstellt. *Quelle:* Die Darstellung beruht auf Tabelle 20, S. 112 in Ebner (2013); siehe dazu Fußnote 5.



ordnungen lediglich Eckpunkte vorgeben. Überhaupt weist das dänische System Tendenzen einer „Individualisierung“ der Berufsausbildung auf. Im persönlichen Bildungsplan auszubildender Jugendlicher wird zunächst eine von mehreren möglichen Grundausbildungen und danach (innerhalb des von dieser Ausbildung abgedeckten Bereichs) ein Beruf zur Hauptausbildung festgelegt. Während im breit ausbildenden Dänemark weniger als 150 anerkannte Ausbildungsberufe existieren, sind es in Deutschland, das besonders spezialisiert ausbildet, mehr als 350. Österreich liegt mit etwa 250 Ausbildungsberufen hier zwischen Dänemark und Deutschland.⁵

Das duale System Österreichs schnitt dabei in den Jahren vor der Wirtschaftskrise in Summe besonders erfolgreich ab. Personen, die ihre Ausbildung innerhalb der letzten fünf Jahre abgeschlossen hatten, waren in Österreich im Vergleich zu anderen Nationen nicht nur häufiger unbefristet und/oder Vollzeit beschäftigt, sondern auch seltener dazu gezwungen Tätigkeiten auszuüben, für die sie überqualifiziert waren. Abbildung 2 (siehe Seite 3) verdeutlicht dies am Beispiel des Kriteriums des Normalarbeitsverhältnisses. Ein solches besteht, wenn das Arbeitsverhältnis eine Vollzeit-tätigkeit beinhaltet und auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde. Gerade in Österreich war der Anteil an AbsolventInnen der dualen Berufsausbildung mit Normalarbeitsverhältnissen vergleichsweise hoch. Zudem konnte das zwischen 2004 und 2007 vorhandene Wirtschaftswachstum zur Verbesserung der Arbeitsverträge genutzt werden.

Die Standardisierung von Berufsinhalten ist vorteilhaft, zu geringe oder zu starke Spezialisierung aber problematisch. Standardisierung sorgt vor allem dafür, dass Sicherheit bei (potentiellen) ArbeitgeberInnen darüber besteht, welches Fachwissen die AbsolventInnen besitzen. Während eine zu breite Ausbildung die Vermittlung von notwendigem

Spezialwissen einschränkt, verringert eine stark spezialisierte Ausbildung die Flexibilität der AbsolventInnen. Dies bedingt z.B. längere Phasen der Sucharbeitslosigkeit, da zur Ausbildung passende Stellen schwieriger zu finden sind.

Flexibilität als Kriterium der Zukunftsfähigkeit

Nicht nur der hohe Grad an Standardisierung bei mittlerem Grad an beruflicher Spezifität ist ein Vorteil des österreichischen Systems. Ein weiterer ist die Möglichkeit einer sogenannten „Doppellehre“. Eine solche erlaubt die Kombination der Ausbildung in zwei Lehrberufen, sofern eine teilweise Verwandtschaft zwischen diesen besteht (z.B. ist Koch/Köchin mit KonditorIn oder Restaurantfachmann/frau kombinierbar). Die Doppellehre dauert nur ein Jahr länger als die Ausbildung in einem der beiden Berufe, da sie bestehende Synergien in der Ausbildung nutzt. Eine solche Ausbildung, die man im Erfolgsfall mit zwei Lehrabschlüssen verlässt, erhöht die Flexibilität der AbsolventInnen.

Die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt, dass in Österreich Jugendliche mit Lehrabschluss in den letzten Jahren in der Regel Vorteile gegenüber anderen Gruppen am Arbeitsmarkt hatten. Erwerbstätige Personen mit Lehrabschluss waren zu einem größeren Anteil Vollzeit beschäftigt als erwerbstätige AbsolventInnen mittlerer oder höherer Schulen und auch die Arbeitslosigkeit war in den meisten Jahren unter den Personen mit Lehrabschluss geringer als in den Vergleichsgruppen. Allerdings weisen LehrabsolventInnen in den wirtschaftlich schwierigeren Jahren 2009 bis 2011 etwas höhere Arbeitslosigkeit auf als AbsolventInnen berufsbildender mittlerer Schulen. Hier könnte sich das abstraktere Wissen letzterer als Vorteil erwiesen haben.

Da Aufgabenvielfalt und Bedeutung abstrakteren Wissens am Arbeitsplatz stetig zunehmen, hat in den letzten Jahrzehnten in Österreich auch die Relevanz der vollzeitschulischen Berufsausbildung zugenommen. Im Besonderen ist hier auf die berufsbildenden höheren Schulen zu verweisen.

⁵ Siehe Ebner, C. (2013). *Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich*. Frankfurt: Campus.



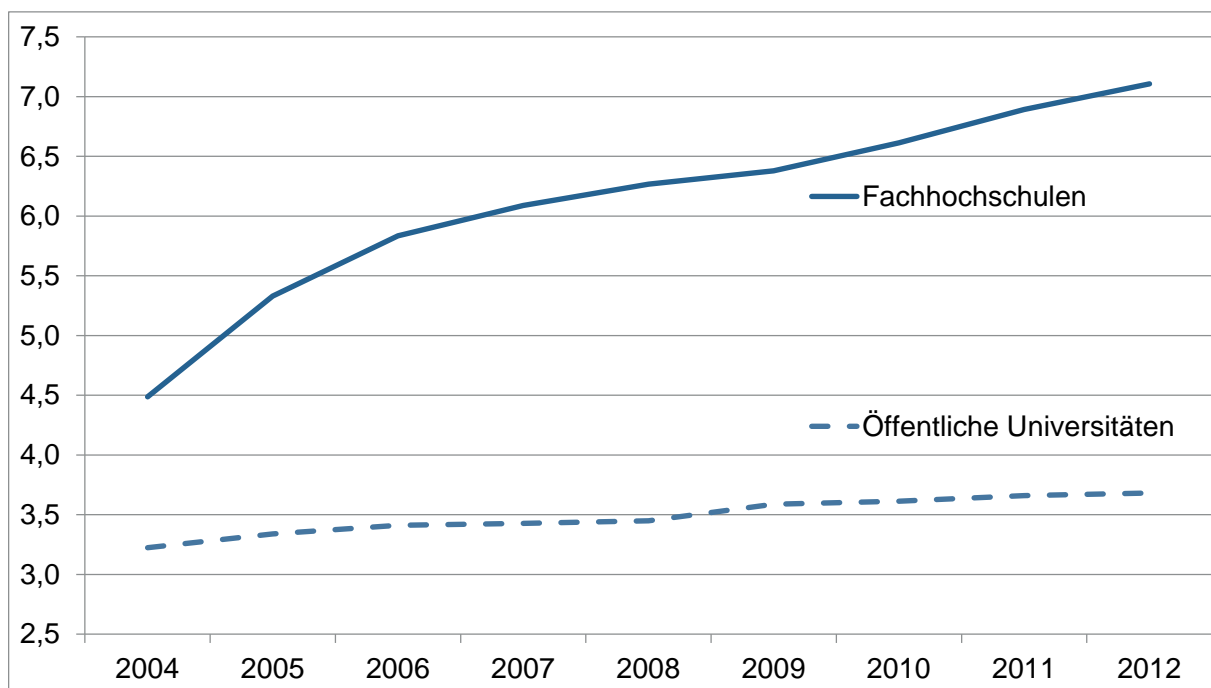
Tabelle: ÖsterreicherInnen zwischen 15 und 24 Jahren mit unterschiedlichen Schulabschlüssen im Vergleich

Jahr	Anteil der Vollzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen			Arbeitslosenrate		
	Lehre	BMS	AHS/BHS	Lehre	BMS	AHS/BHS
2004	93,3	90,4	71,3	5,8	9,8	8,3
2005	92,4	91,2	61,7	7,3	8,4	8,6
2006	92,8	87,5	65,0	6,3	7,4	6,5
2007	91,8	84,1	62,8	5,4	7,4	7,1
2008	92,7	85,9	59,4	5,1	6,4	6,3
2009	92,8	88,4	60,2	7,5	7,2	7,5
2010	93,0	84,6	56,7	6,8	4,9	8,6
2011	93,4	83,0	56,8	6,0	4,5	7,1
2012	92,2	84,6	60,6	5,9	8,8	7,5

Anmerkungen: BMS = berufsbildende mittlere Schulen, BHS = berufsbildende höhere Schulen, AHS = allgemein bildende höhere Schulen. Die Arbeitslosenrate wurde als Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige) berechnet. Vollzeitbeschäftigung steht für eine Regelarbeitszeit von zumindest 36 Stunden pro Arbeitswoche.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Mikrozensus-Jahresdaten der Statistik Austria.

Abbildung 3: Die Entwicklung des Anteils der Studierenden mit Berufsreifeprüfung oder Studienberechtigungsprüfung an den Studierenden in Österreich 2004 bis 2012



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten der Statistik Austria.



AbsolventInnen dieser verfügen über eine Doppelqualifikation, einen beruflichen Abschluss und die Berechtigung zum Hochschulzugang. Ebenso nicht außer Acht gelassen werden darf die Zunahme des Studienangebots an Fachhochschulen sowie die Einrichtung dualer Studiengänge, bei der Studierende an der Hochschule und im Unternehmen ausgebildet werden.⁶

Doch für einen großen Teil der Bevölkerung erlaubt erst die Durchlässigkeit zwischen dualer Berufs- und Hochschulbildung die lückenlose Umsetzung des Konzepts des lebenslangen Lernens. In Österreich existiert seit dem Jahr 2010 die mit Matura kombinierte Lehre, in deren Rahmen Teilprüfungen der Berufsreifeprüfung bereits während der Lehrzeit abgelegt werden. Daneben besteht die Möglichkeit bei einschlägiger beruflicher Qualifikation über Zusatzprüfungen an einer Fachhochschule bzw. durch Berechtigungsprüfungen für ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule zugelassen zu werden. Vor allem an Fachhochschulen, die häufig ein mit der Erwerbstätigkeit zu vereinbarendes, berufsbegleitendes Studium ermöglichen, steigt der Anteil an Studierenden, die eine Berufsreifeprüfung oder Studienberechtigungsprüfung abgelegt haben, in den letzten Jahren an. Abbildung 3 (siehe Seite 5) verdeutlicht diesen Trend in Relation zu den in Summe ansteigenden Studierendenzahlen. Während es in Österreich im Wintersemester 2003/04 nur 623 Studierende an Fachhochschulen gab, die aufgrund der Berufsmatura zum Studium zugelassen waren, waren es Daten der Statistik Austria zufolge im Wintersemester 2011/12 bereits 2.179.⁷

Arbeitsmarktpolitische Ergänzungen

Als Plus der dualen Ausbildung in Österreich erweist sich, dass die Vorteile der Standardisierung genutzt werden, ohne dabei die Flexibilität der AbsolventInnen zu sehr einzuschränken. Reformen des Bildungssystems zielen zudem darauf ab, die duale Ausbildung zukunftsfähig zu erhalten. Für die geringe Arbeitslosigkeit ist allerdings nicht allein das Ausbildungssystem verantwortlich. Denn wo die Bildungspolitik versagt, greift die Arbeitsmarktpolitik korrigierend ein.

Angebote der Erwachsenenbildung sind wertvoll, da sie Menschen ohne Perspektive eine solche geben können und für einen geregelten Tagesablauf sorgen. Diese und andere Maßnahmen setzen in der Regel allerdings erst dann ein, wenn Ausbildungsabbrüche und/oder Arbeitslosigkeit bereits vorliegen. Sie wirken reaktiv: Versäumtes soll nachgeholt werden. Die Kosten für diese Maßnahmen sind entsprechend hoch. Anstatt das Problem an der Wurzel zu packen wird an anderer Stelle (teure) Kompensation betrieben. Kostengünstiger und ebenso sinnvoll erscheinen präventive Maßnahmen wie das Jugendcoaching, das Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren bei Ausbildungs- bzw. Berufsentscheidungen unterstützt.⁸ Zudem richtet sich ein solches Angebot gerade auch an Gruppen, die ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko aufweisen (u.a. Kinder mit Lernschwierigkeiten oder familiären Problemen).

Handlungsbedarf besteht in Österreich vor allem im schulischen Bereich. Betriebe klagen über Lehrlinge, die wesentliche Kompetenzen (Lesen,

6) Siehe Nikolai, R./ Ebner, C. (2011). *Wege zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung in den deutschsprachigen Ländern*. Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 91, S. 42-47.

7) Vorbild bleibt hier die Schweiz: Rund 39 Prozent der StudienanfängerInnen an einer Fachhochschule verfügten laut Bundesamt für Statistik im Jahr 2011 über die „Berufsmaturität“ (Maturitäten und Übertritte an Hochschulen 2011, Neuchâtel 2013).

8) Das Jugendcoaching wurde aus einer von der EU bereits als Best Practice Modell gewürdigten und einigen anderen praxisbewährten regionalen Maßnahmen entwickelt. Es umfasst je nach Bedarf bis zu drei Phasen (Erstgespräch, Beratung und Begleitung; ggf. auch Nachbetreuung). Bei speziellem Förderbedarf steht es Jugendlichen bis zu einem Alter von 25 Jahren offen. Die Angebote selbst sind sehr breit gehalten. Einbezogen werden je nach Situation Familie, Schule, Betreuungseinrichtungen, Arbeitsmarktservice und Wirtschaftsbetriebe. Für weitere Informationen siehe www.neba.at/jugendcoaching.



Schreiben, Rechnen) nicht besitzen.⁹ Internationale Vergleichsstudien wie PISA, PIRLS oder TIMSS bestätigen den Nachholbedarf.¹⁰ Relevant ist daher vor allem der Erhalt einer Grundausbildung, die den Erwerb von Basiskompetenzen garantiert. Kompensationsmaßnahmen werden weiterhin notwendig bleiben, sollten allerdings noch stärker als bereits bisher zur Ausnahme werden.

Eine der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erscheint jedoch alleine schon deshalb begrüßenswert, weil sie dem Ziel des lebenslangen Lernens dient: Im Rahmen der in Österreich im Jahr 1998 eingeführten Bildungskarenz können ArbeitnehmerInnen bei Zustimmung des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin ihre berufliche Tätigkeit bis zu einem Jahr unterbrechen und haben in dieser Zeit Anspruch auf ein Weiterbildungsgeld in Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes. Wie sich in Österreich in den letzten Jahren zeigte, können auf diese Weise wirtschaftlich schwierige Zeiten, in denen Aufträge ausbleiben, intensiv für die Weiterbildung genutzt werden. Wie sinnvoll dies ist, hängt zwar von der Qualität und Adäquatheit der Weiterbildung ab, doch ändert dies nichts an den grundlegenden Vorteilen des Instruments. Anpassungen der Aus-

bildung im Laufe des Erwerbslebens in Form von Fortbildungen erscheinen ohnehin als unumgängliche Notwendigkeit der Wissensgesellschaft.

Resümee

Das österreichische System der dualen Berufsausbildung hat einige Vorteile aufzuweisen. Die Ausgestaltung der dualen Ausbildung ist insofern Vorbild für die Zukunft der Berufsausbildung in Europa, als es zeigt, dass trotz starker Standardisierung nötige Flexibilität erhalten werden kann. Lehren zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit lassen sich zudem aus präventiven Maßnahmen wie dem Jugendcoaching ableiten. Trotz des erfolgreichen Systems der dualen Ausbildung und einer geringen Jugendarbeitslosigkeit existiert in Österreich jedoch weiter großer Reformbedarf. Denn die beste Maßnahme, um Arbeitslosigkeit vorzubeugen, ist eine Grundausbildung, die den Erwerb von Basiskompetenzen sicherstellt. Auf diesen baut auch die duale Berufsausbildung auf. Angesichts des Ziels der Förderung der Mobilität der BürgerInnen ist zudem zu beachten, dass Bildungszertifikate in möglichst vielen Staaten anerkannt werden.

9) Siehe Kopf (2013); Quellenangabe in Fußnote 4.

10) Während TIMSS die mathematischen bzw. naturwissenschaftlichen Kompetenzen und PIRLS die Lesefähigkeit der Zehnjährigen am Ende der Volksschule erfassen, erhebt PISA Kompetenzen 15- und 16-jähriger SchülerInnen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft. Für weitere Informationen siehe www.bifie.at/node/85.



Über den Autor

Dr. Bernhard Riederer studierte Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz. In Graz war er u.a. als studentische Hilfskraft am Institut für Europarecht und als Projektmitarbeiter am Institut für Psychologie tätig (Abteilung für Sozialpsychologie). Seit 2008 arbeitet er am Institut für Soziologie der Universität Wien (Forschungsschwerpunkte: Bildung, Lebensqualität, Familie).

Kontakt: bernhard.riederer@univie.ac.at

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen, der Organisation, für die der Autor arbeitet, überein.

Schlagworte

Duale Berufsausbildung, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik

Zitation

Riederer, B. (2014). *Die duale Berufsausbildung als Zukunftschance für Europa. Berufliche Ausbildung im Sinne einer präventiven Arbeitsmarktpolitik*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 9'2014

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt
Verantwortlich: Dipl. KW Marion Obermayr (MA)

Tel.: +43 1 533 4999
Fax: +43 1 533 4999 – 40
E-Mail: policybriefs@oegfe.at
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>